

Danziger Zeitung.

Nr. 19316.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Rethhergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.75 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gepaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1892.

Das Centrum und das Volksschulgesetz.

Wie immer, wenn das Centrum es für angezeigt hält, zu diplomatischen und seine An- und Absichten zu verhüllen, beschränkt sich auch die „Germania“ dem Zedlitz'schen Volksschulgesetz gegenüber darauf, Preßstimmen zu citiren und daran ihre Bemerkungen anzuknüpfen. Natürlich erkennt das Centrum an, daß der neue Entwurf seinen Forderungen um ein gutes Stück entgegenkomme, aber die Partei weiß sehr wohl, daß eine rückhaltlose Zustimmung ihre Stellung bei den in Aussicht stehenden parlamentarischen Kämpfen erheblich erschweren würde. Die „Germania“ hält es also taktisch für besser, die Punkte hervorzuheben, in denen die Vorlage in ihrem Sinne „verbesserungsbedürftig“ ist.

Viel Gelegenheit dazu hat sie freilich bisher noch nicht gefunden. Daß die „Freiheit“ des Privatunterrichts den Ausschluß der Orden von dem Gebiete der Schule, soweit dieselbe noch besteht, nicht hinlänglich machen kann, ist im Grunde selbstverständlich. Dazu würde es der Aufhebung des betreffenden Gesetzes bedürfen. Weiter beanstandet die „Germania“ die Bestimmung in § 18, daß die kirchliche Oberbehörde, d. h. der Bischof, einen Geistlichen mit der Ertheilung des Religionsunterrichts an Stelle des Lehrers nur „im Einvernehmen“, d. h. mit Zustimmung des Oberpräsidenten beauftragen kann, während die Zurückweisung eines Geistlichen vom Besuche der Volksschule durch den Oberpräsidenten „nach Benehmen mit den kirchlichen Oberbehörden“, also unter Umständen auch im Widerspruch mit denselben erfolgen kann. Hier verweigert das clericalle Blatt aber, daß diese Zurückweisung eine bereits erfolgte Störung der Ordnung der Schule durch den Geistlichen voraussetzt. Die Aufsichtsbehörde würde ja völlig machtlos sein, wenn sie einen Geistlichen, der die Schulordnung stört, nach wie vor in derselben dulden müßte.

Um so charakteristischer ist die Unzufriedenheit der „Germania“ mit dieser Bestimmung des Gesetzes. Wie die „Germania“ über die sogenannte Freigabe des Privatunterrichts, d. h. über den Wegfall der Concession und die Prüfung der Bedürfnisfrage denkt, ist noch unklar. Die amtliche Begründung geht davon aus, daß „privater Unterricht und die Aufnahme in eine Privatschule die letzte Gewährung eines dem unzulänglichen Gemeinwesen sein kann“. Namentlich die Strenge, mit der das confessionelle Princip in der öffentlichen Schule durchgeführt wird, müsse es den Angehörigen confessioneller Minderheiten nahe legen, sich von einer Schule zurückzuziehen, welche sie für ihre Kinder nicht wollen. Umgekehrt wird in der Presse diese Freigabe des Privatunterrichts bemängelt, weil dadurch die Gefahr nahegelegt werde, daß die öffentliche Volksschule durch kirchlichen Unterricht matt gesetzt würde. Von diesem Standpunkte aus wird auch von liberaler Seite die Freigabe des Privatunterrichts bekämpft. Die Ansichten gehen aber auch in liberalen Kreisen aus einander. Die liberalen Gegner der Freiheit des Privatunterrichts, die doch am lauteften über den Einfluß klagen, den das Gesetz den Kirchen in der öffentlichen Volksschule einräumt, verfahren hierbei wohl nicht ganz consequent. Denn je maßgebender der Einfluß der Geistlichkeit auf den Geist ist, in dem die öffentliche Schule geleitet wird, um so geringer wird wahrscheinlich die Neigung sein, neben den öffentlichen Schulen noch Privatschulen ganz aus eigenen Mitteln zu errichten, die überdies ebenso, wie die jetzt bereits bestehenden, einer sehr eingehenden Beaufsichtigung seitens der Staatsbehörden unterliegen werden.

In den amtlichen Motiven ist noch ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die allerhöchste Ordre vom 10. Juni 1834 und die Ministerial-

Instruction von 1839 mit Erfolg der Gefahr entgegengekömmt haben, daß die Privatschulen mißbraucht werden, um Kinder dem regelmäßigen Besuch der öffentlichen Schule zu entziehen und daß in den Privatschulen ein ungenügender Unterricht erteilt werde. Durch die jener Ordre u. f. w. entsprechenden Bestimmungen der §§ 81–83 soll dieser Gefahr entgegengekömmt werden. Der Regierungspräsident hat zu prüfen, ob die sittliche, wissenschaftliche und technische Befähigung des Leiters der Schule vorhanden ist; er hat den Schulplan festzustellen und jede Abänderung zu genehmigen; er kann auch, falls die gesetzlichen Voraussetzungen nicht mehr zutreffen, die fernere Leitung der Schule untersagen. Man wird anerkennen müssen, daß diese Bestimmungen Handhaben genug enthalten, um einem Mißbrauch jener Freiheit entgegenzuwirken.

Voraussetzungen wird, wenn der Zedlitz'sche Entwurf Gesetz wird, von clericaler Seite von dieser „Freiheit“ nur in Ausnahmefällen, in großen Städten, wo sich noch Simultanfächer erhalten haben, Gebrauch gemacht werden. Wenn von dieser Freigabe des Privatunterrichts überhaupt Gebrauch gemacht wird, so wird das wahrscheinlich nur von Seiten derjenigen Bevölkerung geschehen, welche mit dem übertriebenen confessionellen Charakter der öffentlichen Schulen nicht einverstanden sind und die ihre Kinder dem Drucke, den Bureaucratie und Clerus auf die öffentlichen Schulen ausüben, entziehen wollen. Von liberaler Seite sollte man also der Freigabe des Privatunterrichts rückhaltlos zustimmen.

Internationale Fragen.

Der officösen „Pol. Corr.“ geht folgender Berliner Brief zu:

Der Verlauf des allerdings kurzen Zeitraumes, der seit dem Tode des Rhehivde Tempik verfloßen ist, bestätigt die Annahme, daß die hie und da gehegten Befürchtungen einer Aufröhrung der ägyptischen Frage sich als gegenstandslos erweisen dürften. Auch der leidige Zwischenfall Chaddourne, welcher einen Augenblick die bulgarische Frage in unerfreulicher Weise zu beleben schien, dürfte bald im Sande verlaufen. Betreffs Frankreich hat es sich hierbei wieder einmal bestätigt, daß nichts so heiß geüßet wird, wie es gekocht ist. Mit Bezug auf Aegypten hatte sich die französische Presse bemüht, aus dem Todesfalle in Kairo Kapital zu schlagen und den Sultan dahin zu beeinflussen, daß er die Einsetzung des neuen Rhehivde an bestimmte Bedingungen knüpfe. Der Sultan hat aber, gänzlich abweichend von türkischen Gepflogenheiten, die Frage keineswegs bilateral behandelt, und ebendam auf gewisser Seite Zeit gefunden hatte, ihm einen freundlichen Rath zu erteilen, war durch die Befestigung des neuen Rhehivde ein schwer ins Gewicht fallendes fait accompli geschaffen, das unter allen Umständen als ein Akt hoher Staatsklugheit bezeichnet werden muß. Ob man sich in Petersburg und Paris sehr darüber freut hat, mag dahingestellt bleiben, sicher ist, daß dieser Akt des Sultans in London und Wien, in Rom und Berlin mit Genugthuung begrüßt wurde. Auch in der Chaddourne-Angelegenheit kann man der Pforte die Anerkennung nicht verweigern, daß sie mit Umsicht, Ruhe und Festigkeit verfahren ist und auch hier jedes unliebsame Auswachsen dieser Frage zu verhindern gewußt hat. Betreffs der Politik Deutschlands und der Haltung der öffentlichen Meinung dafelbst konnte wieder wahrgenommen werden, daß man sich stets außerordentlicher Zurückhaltung und Mäßigkeit befleißigt, wo französische Interessen ins Spiel kamen; man würde vergeblich bei der Behandlung, welche die beiden erwähnten Fragen gefunden haben, in irgend einem der maß-

gebenden deutschen Blätter nach franzosenfeindlichen Ausstreunungen suchen.

Eine weitere internationale Frage ist neuestens in Marokko aufgetaucht. Auch diese Angelegenheit flößt in Berlin keine Beforgnisse ein; Deutschland steht derselben gerade so gegenüber wie der bulgarischen und ägyptischen. Man darf eine befriedigende Lösung derselben mit einiger Sicherheit erwarten, freilich, ob allseitig befriedigend, läßt sich nicht wohl voraussagen, unter allen Umständen aber darf man annehmen, daß die Lösung im Sinne des Friedens ausfällt. Als ein wesentlicher Factor, der bei allen drei Fragen in Rechnung gestellt werden darf, erscheint, so traurig die Sache auch an sich ist, der russische Nothstand, indem etwaige ungestüme Absichten der Franzosen durch die kühleren Erwägungen, die jetzt in Rußland herrschen, in Schranken gehalten werden. Die über den Nothstand vorliegenden authentischen Nachrichten deuten auf einen sehr traurigen Stand der Dinge hin und lassen es als unumwandelbar erscheinen, daß Rußlands erste und vornehmste Sorge den inneren Zuständen gewidmet bleiben muß. Kaiser Alexander III. ist kein Napoleon III., der bei bedrohlichen inneren Verhältnissen das beliebte Recept von der Ableitung nach außen für angezeigt hielt, um sich selbst zu erhalten. Der Zar hat dergleichen nicht nöthig und bezieht zu viel Herz, um nicht vor allem seinem nothleidenden Volk die helfende Hand zu reichen. Als ein eigenthümlicher Auswuchs stellt sich das fortwährende Streben heraus, durch Ausprengung falscher Nachrichten in Paris die dauernden Bemühungen, Geld für Rußland zu erhalten, zu unterstützen. Diese Nachrichten wurden in autorisierter und nachdrücklicher Weise auf ihre Werthlosigkeit zurückgeführt. Es kann darüber nicht der Schatten eines Zweifels bestehen, daß Rußland in Deutschland kein Geld finden wird, so lange es seine gegenwärtige Zoll- und Handelspolitik uns gegenüber festhält. Die stark in die Augen fallende optimistische Färbung des russischen Budgets kann in dieser Hinsicht im voraus als völlig wechelos bezeichnet werden. Man nimmt hier fest und entschieden den Standpunkt ein, daß nicht mehr Argumente und Deductionen ohne Unterlage am Platze sind, sondern einzig und allein redende Thatfachen.

Deutschland.

Die Gährung in der conservativen Partei.

In der conservativen Partei ist, wie Hr. Stöcker in einer in diesen Tagen stattgefundenen großen Versammlung nach einem Bericht der „Arenztg.“ constatirte, eine große Gährung vorhanden. Auch wenn Herr Stöcker es nicht gesagt hätte, müßte man es aus einer Reihe von offenkundigen Thatfachen. Man hat in letzter Zeit versucht, den Riß zu beseitigen; es haben lange und sehr lebhafte Verhandlungen in der Partei stattgefunden — einmal bis in die Nacht hinein — aber es ist noch nicht gelungen. Es ist auch begreiflich, daß die scharfen Gegensätze, welche in der letzten Zeit sowohl im vorigen Jahre im Abgeordnetenhaus wie besonders im Reichstage bei den Handelsverträgen hervorgetreten sind, nicht so schnell ausgeglichen werden. Die „Arenztg.“ und Herr Stöcker drängen vor allem die Judenfrage in den Vordergrund. Sie wollen die Conservativen soweit wie möglich engagiren. In der oben erwähnten großen Versammlung, in der Herr Stöcker über die conservatieve Partei und das Judenthum sprach, trat auch der antisemitische Abg. Liebermann v. Sonnenberg auf und er fand fast ebenso viel Beifall, wie Herr Stöcker. Diese beiden Herren gehören zu einander. Wenn Herr Stöcker Rechtiges mitgetheilt hat, so werden — wie er sich ausdrückte — „wir“ im Reichstage sowohl wie im Abgeordnetenhaus die Judenfrage in Bezug auf den Richterstand und die

Schulen in Angriff nehmen. Die Frage ist, ob unter „wir“ die conservatieve Fraction zu verstehen ist oder nur einzelne Anhänger des Herrn Stöcker. In einer der vorigen Sessionen hatte der letztere bei der von ihm vorgebrachten Frage der angeblichen Verjudung der Schulen die Majorität der Conservativen hinter sich. Ob auch jetzt, wird sich bald zeigen.

Einstweilen „gährt“ es stark in dieser Fraction und man weiß noch nicht, ob eine Scheidung der Geister erfolgen wird. Hr. Stöcker arbeitet mit voller Kraft dahin, die conservatieve Partei in das Fahrwasser des Antisemitismus zu bringen. Daß er nicht allein steht, hat das Programm des Herrn v. Friesen, des Führers der Conservativen im Königreich Sachsen, bewiesen, welches die jüdischen Mitbürger von dem Amt eines Richters und Rechtsanwalts schlechthin ausschließen will. In Preußen haben es die Herren eilig; nur noch 2 Jahre stehen bis zu den nächsten Wahlen zur Verfügung. Diese müssen benutzt werden. Wahrscheinlich ist schon die bevorstehende Session dazu berufen, Wielen im Lande die Augen zu öffnen und zu zeigen, wohin die Unterstüßung der Conservativen bei den letzten Wahlen geführt hat und welche Früchte die fünfjährige Legislaturperiode zeitigt. Wir müssen leider fürchten, daß Preußen auf dem Gebiete der Schule einen verhängnisvollen Weg gehen wird. Hoffentlich kommt es bald zu einer Zusammenfassung aller Elemente, welche die Traditionen des Liberalismus aufrechtzuerhalten entschlossen sind!

Berlin, 18. Januar. [Miquel, Zedlitz und das Volksschulgesetz.] In einem Zeitartikel über „das Werk des Grafen Zedlitz“ stellt die „Bresl. Ztg.“ die Frage auf, wie es überhaupt möglich war, ein solches Gesetz einzubringen, und bringt dazu folgende Ausführungen:

„Der Entwurf ist von dem gesammten Staatsministerium und nicht von dem Cultusminister allein zu vertreten. Zu den Mitgliedern des Staatsministeriums gehört auch der Finanzminister Miquel, und da der Inhalt des Gesetzes zu einem großen Theil finanzieller Natur ist, ist seine Verantwortlichkeit eine besonders starke. Er wird sich auch nicht hinter die Einrede zurückziehen wollen, daß er nur für die eigentlich finanziellen Bestimmungen eine Verantwortlichkeit zu übernehmen habe, während für die eigentlich technischen Bestimmungen der Unterrichtsminister die Verantwortlichkeit zu tragen habe. Jedes Gesetz bildet ein zusammenhängendes Ganzes und wer einem Gesetz zustimmt, übernimmt die Verantwortlichkeit für alle Theile desselben. Herr Miquel sieht auf eine öffentliche Wirklichkeit zurück, von welcher er sich unmöglich loslagern kann. Er ist in der Politik seit mehr als dreißig Jahren thätig; der nationalliberalen Partei hat er seit ihrer Gründung als einer ihrer Führer angehört. Er hat allerdings in den letzten Jahren wiederholt Aeußerungen gethan, daß er die alten Parteien für überlebt halte; es hat darum nicht Verwunderung hervorrufen können, daß er in ein Ministerium eingetreten ist, deren Mitglieder durchweg aus den Reihen der conservativen Partei hervorgegangen sind. Aber wir müssen doch wohl zu seiner Ehre annehmen, daß er mit dem Eintritt in dieses Ministerium nicht mit allen Ideen seiner Vergangenheit hat brechen wollen. Herr Miquel hat aber auch im kirchlichen Leben eine Vergangenheit. Er ist wiederholt Synodale, auch Mitglied der Generalsynode gewesen und hat sich hier stets zu derjenigen Partei gehalten, welche sich als die kirchliche Mittelpartei bezeichnet. Und als das eigentliche Kennzeichen dieser Partei darf man es wohl betrachten, daß sie den Uebergriffen der orthodoxen Partei in die Gebiete des staatlichen Lebens keinen Vorstoß

(Nachdruck verboten.)

Die Electricität als Wäscherin.

In jedem Haushalt spielt sich eine langsame, stille Seidenstragödie ab. Zwischen dem Wäschehaß und dem Wäschebrand vollziehen sich ihre Peripetien. Die Hausfrau wird ebenso sehr davon betroffen, wie der Junggeselle, der eine eigene Wirthschaft führt.

Unser liebe Wäsche ist es, die uns die Vergänglichkeith alles Irdischen mit gar zu schlagender Augenfeinheit vergegenwärtigt. Wie schön leuchten das gestärkte Oberhemde aus feinstem Linnen, wie rosig, duftig und frisch nimmt sich das Nachkleiden, das Tischzeug, das Bettzeug aus, wenn es wohlgeordnet übereinandergestapelt im Schranke liegt. Aber ach! wie bald schwindet Schönheit und Gestalt! Raum hat es mehrere Wäschchen überstanden, so zerfetzt sich das Gewebe, es wird brüchig und löcherig, und dahin ist der Stolz der Hausfrau.

Das verdanken wir unseren Wäscherinnen. Diese guten Damen, die selbst in der Ertik einen Platz gefunden haben und in den modernen Großstadtnovellen ungefähr die Rolle spielen, wie Dora und Phyllis in der alten Bukolik, diese Damen, welche ein so wichtiges Glied in der socialen Hygiene bilden und denen wir die Eleganz der Erscheinung unserer werthen Selbstlichkeit zum guten Theil verdanken, sie würden uns noch viel lieber sein, wenn sie uns etwas weniger theuer zu stehen kämen. Aber die Dienste, die sie uns leisten, sind in der That geeignet, uns dem Rande des Ruins näher zu führen. Tischdecken und Hemden, Servietten und Handtücher, Kragen und Manschetten, Unterkleider und Blousen — von intimeren Dingen zu schweigen — das alles schmilzt unter ihren Händen zusammen wie Butter in der Sonne.

Höchstens auf dem Lande, in entfernteren Provinzen, wo die patriarchalischen Ueberlieferungen noch in voller Blüthe stehen, wo herrliche Stapel weißer, garnirter und frischer Wäschchen aufgeschichtet liegen in den allerhöchsten, geschweiften Mahagonischränken, nach Iris und Verbenen duftend, der Ruhm und der Stolz unserer Vorfahren, der Erblugus der Familien von damals; dort behandelt man die Wäsche noch mit der Städtlichkeit, die sie verdient. In den größeren Städten aber genügt ein Duzend Wäschchen, um sowohl die feinste Leinwand, wie den besten Battist, Flanelle wie Mouffeline, zum tieffsten Schmerze unserer Hausherrinnen zerfetzen, brüchig und durchlöcherig erscheinen zu lassen. Die Wäschhäuser sind heute kaum mehr, als Vorbereitungsanstalten für die Charpiehandlungen, und mit großer Eile rollen wir die schiefen Gefilde Ebene hinab, bis dorthin, wo die häßliche Periode der wissenschaftlichen Barbarei anfängt, wo die Tisch- und Leibwäschchen nach amerikanischem Muster nur noch von Papier sein wird, wo man Kragen und Manschetten aus Celluloid und Brusttaschen aus Holzstoff tragen wird, um sie Abends verborgen zum Fenster hinauszuwerfen.

Freilich scheint diese Entwicklung eine historische Nothwendigkeit zu sein. Auch die Wäscherinnen müssen sich auf der Höhe der Zeit erhalten und erliegen wie alle übrigen Lebewesen dem tyrannischen Einfluß des Milieus, wie man heute sagt. Da man mit vollem Dampf leben muß in diesem „fin de siècle“, so muß man, um es zu etwas zu bringen, viel in möglichst kurzer Zeit schaffen. Wie soll man in unserer übergeschäftigten Civilisation, wo Raum und Zeit theuer sind, und der Kampf ums Dasein so heiß und so unerbittlich ist, wie soll man da mit den langsamen Mitteln der Vergangenheit den Anforderungen eines Publikums genügen, welches von Tag zu

Tag lieberhafter, wechselnder und zusammengekehrter wird. Die Umwandlung, welche seit fünfzig Jahren ohne Aufhören das Antlitz der Zeit verändert, die Arbeit, den Handel, die Industrie und selbst die Kunst umbildet, konnte vor den Thoren der Wäschhäuser nicht Halt machen.

Darum mußten die Wäscherinnen, ob sie wollten oder nicht, um der wachsenden Concurrenz zu genügen, die sonst so nützlichen, hier aber äußerst fatalen Herren Chemiker zu Hilfe rufen.

Diese lieferten ihnen nun die scharfen Chlore in die Hand, so z. B. das gefärbte Eau de Javelle, mit dem sie als allerdings in einer Stunde so viel Wäsche bleichen können, wie unsere Großmütter nicht in einer Woche. Leider Gottes geht es aber mit dem Eau de Javelle ungefähr so, wie mit den Mitteln, mit welchen man bisher die Tuberkulose bekämpfen wollte: Die Tuberkeln werden getödtet, der Patient aber auch; die Wäsche wird gebleicht, aber sie ist bald dahin.

Das erklärt sich auf folgende Weise:

Unter den Stoffen, welche die Wäsche verunreinigen, gehen die meisten vermittelst einfachen Wäschens ab; das sind die, welche im Wasser löslich sind. Die anderen, unlöslich von Natur, müssen mit Körpern in Verbindung gebracht werden, welche sie löslich machen: dem Soda, der Seife z. B. oder dem Kali der Wäschlauge. Auf diese Weise wird es ermöglicht, daß die Verunreinigungen vom kalten oder warmen Wasser mechanisch weggespült werden können. Da das aber für die Bedürfnisse unserer Zeit nicht schnell genug geht, so hat man die heftig bleichenden Eigenschaften des Chlors und seiner Verbindungen zu Hilfe genommen und fügt der Lauge ein Chlorür (vulgo Eau de Javelle) hinzu, bestehend aus einer Verbindung des Chlors mit einem Alkali: Kali, Soda oder Natrium.

Das wäre ganz schön, wenn diese Chlorüre, in

denen die Alkalien immer verhängnisvoll stark vertreten sind, nicht die traurige Eigenschaft besäßen, die Cellulose anzugreifen, das heißt, das wesentliche Substrat, den ursprünglichen und grundlegenden Einschlag und Werft der Gewebe vegetabilischen Ursprungs, also der Leinen und Baumwollen. Diese Alkalien oxydiren die Cellulose bei einem gewissen Grade der Concentration genau so, wie irgend welche scharfen Säuren, und verwandeln sie in eine neue Verbindung, welche man Hydrocellulose nennt. Die Hydrocellulose nun, welche sowohl in physikalischer wie in chemischer Hinsicht vollkommen verschieden von ihrer Namensschwester, der Cellulose, ist, charakterisirt sich vor allen Dingen durch eine ganz außerordentliche Unhaltbarkeit. Während die Cellulose zäh und elastisch ist, läßt sich die Hydrocellulose zwischen den Fingern zerreiben und fällt beim geringsten Stoß in Staub zusammen.

Wenn man einen mit Eau de Javelle behandelten Stoff unter einem nur fünfzig bis sechzig Mal vergrößerten Mikroskop betrachtet, so kann man sehr deutlich bemerken, wie losgelöst, aufgebläht, zerfalten und zerfritten die Fasern des Gewebes sind. Das sieht fast so aus, als ob man das Gewebe in Vitriol getaucht hätte. Die Wirkungen des Vitriols sind keine anderen, als die der ätzenden Chlorüre, nur sind sie heftiger und schneller, aber die Bürste und der Bläuel machen das Uebrige. Kein Wunder also, daß unsere gute, schöne Wäsche bald in Trümmer zerfällt.

Giebt es nun kein wirksames Mittel gegen dieses Uebel? Ist man in der That vor die Wahl gestellt, sich entweder die Wäsche ruiniren zu lassen oder zu dem veralteten und zeitraubenden Wäschverfahren der guten alten Zeit zurückzukehren?

Diese Frage ist oft aufgeworfen und meist trost-

leihen will. Wir stehen der Frage, wie ein Mann von national-liberalen Überzeugungen, ein Mitglied der kirchlichen Mittelklasse für einen solchen Gesandtschaftsbericht verantwortlich übernehmen konnte, vollständig rathlos gegenüber.

Aber nicht auf Herrn Miquel allein beschränkt sich unsere Ueberraschung. Wir hatten auch von dem Ministerpräsidenten und von denjenigen Ministern, die sich als die Nächstheligen darstellen, nicht erwartet, daß sie einem solchen Entwurf zustimmen würden. Ueber die kirchliche Stellung der Herren Graf Caprivi, v. Schelling, Herrfurth ist aus ihrem öffentlichen Wirken nichts bekannt. Wir werden ihnen kein Unrecht thun, wenn wir annehmen, daß sie streng kirchlich sind, das heißt, daß sie vollständig auf dem Boden der evangelischen Bekenntnisschriften stehen. Aber daraus folgt nicht, daß man die kirchenpolitischen Bestrebungen der Hierarchie begünstigen muß. Uns sind Männer bekannt, die in kirchlicher Beziehung streng auf positivem Boden stehen und doch in kirchenpolitischer Beziehung die Bestrebungen, die in den Kleist-Hammerstein'schen Anträgen und in dem Auftreten der synodalen Mehrheit zu Tage treten, verwerfen. Das gegenwärtige Ministerium hat sich bei streng conservativer Gesinnung in allen politischen Angelegenheiten von einem Geiste der Mäßigung leiten lassen, der es uns erstaunlich macht, daß es auf kirchenpolitischem Gebiete diese Mäßigung so weit außer Augen setzt.

Und endlich der Unterrichtsminister selbst! Wir können einen Zweifel daran nicht unterdrücken, daß er sich alle die Konsequenzen, welche die Annahme seines Entwurfs zur Folge haben muß, vollkommen klar gemacht hat. Er hat weder eine juristische Ausbildung genossen, wie bisher alle seine Amtsvorgänger, noch eine theologische Ausbildung. Und wir können uns von dem Gedanken nicht losmachen, daß man die eine oder die andere Art der Vorbildung gehabt haben muß, um die Bedeutung einer auf Kirche und Unterricht bezüglichen Gesetzgebung zu ermessen, und die Grenzlinie zwischen den Ansprüchen des Staates und denen der Kirche haarscharf zu ziehen.

* [Vom Protestantenverein] berichtet die „Pr. Ver.-Corr.“: „Am 13. und 14. Januar tagte in Berlin eine Versammlung des weiteren Ausschusses des Protestantenvereins, zu welcher zahlreiche Delegirte der Zweigvereine deputirt waren. Unter anderen waren vertreten Bremen, Hamburg, Heidelberg, Wiesbaden, Darmstadt, Breslau, Dresden, Gotha, die Pfalz. In den Verhandlungen, welche die Stellung des Vereins gegenüber der gegenwärtigen politischen, sozialen und kirchlichen Situation zum hauptsächlichsten Gegenstand hatten, trat ein fester, zuverlässiger und schaffensfroher Geist hervor. Die Berichte der Delegirten waren durchaus ermutigend, theilweise wegen der mancherorts erzielten außerordentlichen Erfolge überraschend. Die neuerdings getroffenen organisatorischen Einrichtungen haben sich gut bewährt und werden gemäß den stattgehabten Beschlüssen weiter ausgebaut werden. Es ging ein starker Zug der Initiative durch die gesammelten Verhandlungen, welcher noch verstärkt wurde durch die Ueberzeugung, daß der bedrohliche Gang der politischen und kirchlichen Entwicklung von dem Verein ausgebaut und Wachsamkeit erheische.“

* [Katholische Universität in Fulda.] Seit länger als 20 Jahren trägt die Stadt Fulda den Beinamen einer „Metropole der katholischen Bewegung“. Hier fand am 12. Oktober 1870 die eigentliche Gründung der Centrumpartei statt, und hier hatten die Bischöfe seit 1867 ihre Conferenzen ab, von denen diejenigen des Jahres 1873 den passiven Widerstand gegen die kirchenpolitische Gesetzgebung Preußens organisierte. Bereits 1869 tauchte der Plan auf, in Fulda eine spezifisch katholische Universität zu errichten. Dieses Geld ist hierfür schon gesammelt worden, während die Verhältnisse in den folgenden Jahren und auch noch später an die Ausführung natürlich nicht denken ließen. Nun erzählt der „Hamb. Corr.“ aus Fulda, daß man jetzt in maßgebenden Kreisen den Zeitpunkt für gekommen erachte, der Ausführung des Projects in irgend einer Form wieder näher zu treten. Erörterungen hierüber sollen bereits stattgefunden haben; auch wird behauptet, daß weitere beträchtliche Geldmittel zur Verfügung gestellt seien. Vorausichtlich wird sich die nächste Bischofsconferenz mit der Sache beschäftigen.

* [Colonisation der Limburger Haide.] Der landwirthschaftliche Verein von Bisingen hat eine Agitation entfaltet, um die Zinsen des Weisenfunds zur Colonisation der Limburger Haide zu verwenden. Der Verein stellt fest, daß die Haideflächen zum größten Theil ganz gutes Ackerland ergeben. (Bisher erzielte Erträge auf Neubruchland 8-9 Ctr. Roggen pro Morgen.) Man beschloß, in einer Petition die Staatsregierung zu

los beantwortet worden. Manche klugen Nationalökonomien haben sogar gesagt, das sei nur ein Glück für uns; denn je schneller wir unsere Wälder abnutzen, und je häufiger wir sie erneuern müssen, um so schöner blühen die Gewerbe der Weber, Fleischer und Händler empor, was dem nationalen Wohlstand nur zu gute komme.

Diese Antwort wird uns wenig trösten. Ich glaube, es gibt eine bessere. Wir scheint, daß im Gegentheil nichts einfacher und leichter ist, als unsere Wälder vor der Zerstörung zu bewahren und die mörderische Chlormethode durch eine andere, modernere zu ersetzen. Ja, ich bin überzeugt, daß diese Methode früher oder später in allgemeine Aufnahme kommen wird. Wir verdanken sie der allmächtigen Zauberin unserer Zeit, der wunderbaren See Elektricität.

Die elektrische Waschmethode, ihr gehört die Zukunft. Das ist kein Traum à la Bellamy. Wichtig ist es, daß das System noch von niemand industriell ausgebeutet worden ist, aber es existiren doch schon Analogien.

Hat man nicht mit Hilfe der Elektricität schon Zeinen-, Baumwollen- und Hanffäden, Seiden-gepinnt und Papiermasse gebleicht? Ich besuchte neulich — und dort kam mir die Idee der elektrischen Waschmethode der Zukunft — eine Fabrik, wo man Papiermasse bleichte, indem man ganz einfach mit Hilfe eines besonderen Apparats einen elektrischen Strom durch eine unschädliche Lösung von chlorsaurem Magnesium, in welches die Masse getaucht war, hindurchgehen ließ. Bei diesem Verfahren war von einer ätzenden Wirkung keine Rede. Die Cellulose blieb unangegriffen. Die Lösung verhält sich absolut neutral, sie ist sehr wenig concentrirt, sie gibt das zarteste und blendendste

erschauen, diesem Projecte näher zu treten, und je nachdem mit der Colonisation vorzugehen, oder aber einen Fonds zu dotiren, aus dem die einzelnen Besitzer hinreichendes Kapital zu Meliorationen in dem angedeuteten Sinne zu niedrigen Zinsen bekommen können.

* [Zu Umbauten in den königlichen Theatern] in Berlin werden im Staatshaushaltsetat pro 1892/93 500 000 Mk. verlangt. Die Bauten sind nothwendig gebornen durch die im Feuerversicherungsinteresse neuerdings erlassenen Polizeivorschriften. Die Baukosten sind veranschlagt für das Schauspielhaus auf 520 000 Mk., für das Opernhaus auf 360 000 Mk. Darüber, ob und in welcher Höhe diese Kosten von der Kronkasse zu übernehmen seien, schweben noch Verhandlungen. Da die Bauten nach den erwähnten Polizeivorschriften spätestens bis zum 1. Oktober 1893 zur Ausführung gelangt sein müssen, so sind die für das erste Jahr erforderlichen 500 000 Mark vorläufig eingestellt.

* [Deutscher-russische Militärgrenze.] Ein neuer militärischer Mitarbeiter der „Post“ hat das Blatt mit einem vier Spalten langen Artikel beglückt, in welchem unter der vom Grafen Caprivi kürzlich so humoristisch behandelten Devise: „si vis pacem, para bellum“ ein Entwurf zur Formation einer ständigen Grenzwehr an der preussischen Ostgrenze mit großem Ernst vorgebracht wird. Der Verfasser will nichts, als in einem zwei Meilen breiten Grenzstreifen aus den Landsturmpflichtigen und freiwilligen noch älteren „geübten“ Männern eine Grenzwehr errichten. Auf je eine Meile soll eine Compagnie gebildet werden, deren Mitglieder vollständige Ausrüstung, Gewehr mit 60 Patronen u. s. w. erhalten. „Der Dienst im Frieden hat sich auf das allernothwendigste Maß zu beschränken, damit der Erwerbsthätigkeit der Wehrleute möglichst geringer Abbruch geschieht.“ „Das wäre“, bemerkt dazu die „Volksztg.“, „eine ganz gemüthliche Beschäftigung für einen alten Herrn Lieutenant, zur Abwechslung einmal noch ein Bischen Soldat spielen zu können. Wir sind nicht recht im Alaren, was die „Post“ mit diesem Artikel will; vielleicht hat sie ihren Lesern nur ein vergnügtes Stündchen bereiten wollen.“

* [Neue Erfindung zur Verhütung von Eisenbahnunfällen.] Zufolge einer Verfügung des preussischen Eisenbahnministers Thielens unterliegt, wie die „Zeitschrift für Transportwesen und Straßenbau“ schreibt, gegenwärtig eine Erfindung, die Arbeit eines Breslauer Maschinenbauers, der Prüfung des maschinentechnischen Bureau der Eisenbahndirection in Breslau. Diese Erfindung hat das höchste Interesse sachverständiger Kreise hervorgerufen. In Modellen von 1/20 natürlicher Größe stellt sie eine Seilschlinge und mehrere Eisenbahnwagen mit besonderen Sicherheitsvorkehrungen und Ausrüstungen dar. Ihr Zweck ist die furchtbare Wirkung von Zusammenstoßen dadurch zu verhindern, daß der eigentliche Zug der unmittelbaren Wirkung eines Zusammenstoßes entzogen wird. Dazu dient ein Vor- oder Patrouillenwagen von eigenartiger Construction mit verschiedenen sinnreich angeordneten Schutzvorkehrungen, welche bei einem Zusammenstoß selbstthätig in Function treten. Dieser Patrouillenwagen ist mit der Maschine durch eine Kuppelung verbunden und wird von der Maschine immer in 25 Meter vorausgeschoben. Bei einem etwaigen Zusammenstoß tritt durch den dann erfolgenden Rückstoß, den der Patrouillenwagen auf den Zug überleitet, sofort eine Absperrung des Dampfes und eine an sämtlichen Achsen des Zuges befindliche Hemmvorrichtung in Function. Diese Klemmt sich zwischen die Räder und Schienen und in Folge der so hervorgerufenen starken Reibung und der Isolirung der Räder von den Schienen, bringt sie den Zug nach kurzem Vorwärtsschieben zum Stehen. Der Verfertiger dieser bis ins kleinste Detail mit großer Genauigkeit und Sauberkeit gearbeiteten und mit äußerster Sicherheit functionirenden Modelle erregt insofern noch besonderes Interesse, als ihm der rechte Arm fehlt und er sie ohne fremde Hilfe allein mit der linken Hand hergestellt hat. Die Ausführbarkeit der Idee erscheint nach dem Urtheil von Sachverständigen als zweifellos.

* [Erbauung einer großen Gruft auf dem Neher Schladfeld.] Vor einigen Monaten hat sich in Neher ein Comité gebildet, welches sich die Errichtung eines Ausfluchtsturnes im größeren Stile auf den westlich von Neher gelegenen Schladfeldern zur Aufgabe gemacht. Nun hat dieses Comité beschloffen, unter dem Thurne eine große Gruft anzulegen, in welcher die Beine aller auf dem Schladfeld Gravelotte-St. Privat verstreut liegenden Leichen später geborgen werden sollen.

* Kiel, 16. Januar. Wie in Marinekreisen verlautet, wird der Kaiser bei seiner Anwesenheit in Kiel anlässlich der Vereidigung der Marine-Rekruten an eine größere Zahl Beamten und Arbeiter der kaiserlichen Werft, die sich durch langjährige Pflanztreue verdient gemacht haben, Orden und Auszeichnungen verleihen.

* Köln, 16. Januar. Wie der „Köln. Ztg.“ aus Berlin geschrieben wird, empfing der Reichskanzler Graf Caprivi dieser Tage den General-director des „Högnig“, Gervaes, von Rupprort, General-director Brauns von der „Dortmunder Union“ und Commerzienrath Sney von der „Gutehoffnungshütte“, um sich mit ihnen über die Lage der rheinisch-westfälischen Eisen- und

Weich mit Hilfe der schwächsten Bäder, und die bleichende Wirkung wird nicht durch das Chlor oder das Alkali ausgeübt, sondern durch den Sauerstoff, der bei der elektrolytischen Spaltung des Wassers in Sauerstoff und Wasserstoff frei wird.

Wenn nun der Sauerstoff mit Eifer alle Unreinlichkeiten hinwegnimmt, so läßt er die pflanzlichen Fauna, in welche die Unreinlichkeiten eingebettet sind, vollkommen unverändert.

Warum sollte man dieses Verfahren, das sich in der Praxis bereits bewährt hat, und das bei den Textilien, bevor sie gewebt werden, das heißt, bei den Grundstoffen der Wäsche, so gute Erfolge zeitigt, warum sollte es nicht auch auf das Färbeln in gewirktem Zustande, also auf die fertige Wäsche von gutem Einfluß sein, warum sollte man nicht diese Methode einmal bei unseren Hemden und Taschentüchern anwenden, die doch im Grunde nichts anderes sind, als ein auf Cellulose beruhendes Product, genau so wie das Blatt Papier, das ich im Begriffe bin, mit meinen Buchstaben zu bezeichnen?

Ich weiß es, daß man freilich erst in ganz kleinem Maße die elektrische Methode angewandt hat, um höchst werthvolle Spitzen zu reinigen, welche man nur mit Jagen einer Bleichanstalt übergiebt. Versuche im Laboratorium mit Stoffen von minderm Werth haben gleichfalls ein gutes Resultat ergeben.

Man hat von der Elektricität schon soviel unerwartete häusliche Dienstleistungen geliefert erhalten, daß es durchaus nichts Erstaunliches mehr hat, wenn wir von ihr auch verlangen, daß sie uns unsere schmutzige Wäsche reinigt.

So, hoffe ich, wird die Aera der elektrischen Waschmethode nicht mehr lange auf sich warten lassen.

Karl Adolf Neuhoff.

Stahlindustrie mit Rücksicht auf die Handelsverträge zu beschreiben. Im Laufe der Unterhaltung soll der Reichshändler mit Entschiedenheit die geäußerten Besorgnisse zu bekämpfen und zu zerstreuen gesucht haben, daß eine Herabsetzung der Zölle seitens der verbündeten Regierungen ins Auge gefaßt sei; er betonte im Gegentheil, daß die Regierungen sich der Bedeutung stabiler Verhältnisse für die Industrie klar bewußt seien; gerade mit Rücksicht hierauf sei eine zwölfjährige Dauer der Handelsverträge angestrebt und erreicht worden. — Ob diese Angaben in dieser Form richtig sind, möchten wir einstweilen dahingestellt sein lassen.

Marburg, 15. Januar. [Nachträgliche Bestrafung einer Soldatenmißhandlung.] Vor der hiesigen Strafkammer kam heute eine merkwürdige Sache zur Verhandlung. Der Schuhmann Bloch ist angeklagt, im April 1887 in seiner Eigenschaft als Sergeant im Füsilierbataillon in Hanau den Füsilier Hefelbach körperlich mißhandelt zu haben, indem er ihm während der Instruction mit einem Latenstück wiederholt auf den Kopf schlug, ihn auch durch Backenstöße zu peinigte, daß H. in Thränen ausbrach. Wegen dieser Mißhandlung scheint der heutige Angeklagte bereits vor dem Militärgericht gestanden zu haben, das indeß wohl die Sache niedergeschlagen hat. Der Mißhandelte hat nun, da beide Theile dem Civilstande angehören und die Verjährung noch nicht eingetreten war, wiederholt Strafantrag gestellt, dem auch stattgegeben wurde. Die heutigen Zeugnisaussagen bestätigen die Anklage, es geht aus ihnen auch hervor, daß H. im Dienste sehr scharf und gefürchtet war. Die Mißhandlungen waren meistens darauf veranlaßt, daß der geistig etwas beschränkte Soldat H. auf die an ihn gerichteten Fragen entweder unrichtig oder oberflächlich geantwortet hatte. Der Staatsanwalt beantragte 5 Tage Haft. Der Gerichtshof ging aber über dieses Strafmaß hinaus und verurtheilte den Angeklagten zu 14 Tagen Haft mit der Begründung, daß die geistige Beschränkung des Mißhandelten den Angeklagten eher zur Nachsicht als zur Mißhandlung habe veranlassen sollen. Außerdem sei auch wegen der Schwere der Beleidigung und Mißhandlung auf eine höhere Strafe zu erkennen.

England. A. C. London, 16. Jan. Die Prinzessin von Wales ist völlig geknickt von dem Kummer, den ihr das jähe Hinscheiden ihres ältesten Sohnes bereitet hat. Als man die Nachricht von dem Tode des Herzogs von Clarence seiner Braut, der Prinzessin Man von Teck, mittheilte — die Aerzte hatten ihr bis dahin den Zutritt in das Sterbezimmer verweigert — versiel die Prinzessin in Krämpfe. Bläß wie eine Leiche stand sie dann bei dem Bette des Verstorbenen, rief ihren Bräutigam einmal um das andere bei seinem Namen und rang die Hände in Verzweiflung. Umsonst war das Bemühen der Prinzessin von Wales und der Herzogin von Teck, sie zu beruhigen. „D Eddie, D Eddie“ rief sie fortwährend aus.

* [Ueber die Thronfolge in England] wird aus Anlaß des Todes des Herzogs von Clarence geschrieben: „Dieselbe ist auf Grund alten Herkommens und kraft der unter der Königin Anna erlassenen „Act of settlement“ direct linear. Die Kinder, beziehungsweise Enkel des jeweiligen Königs oder der regierenden Königin haben also ohne Rücksicht auf das Geschlecht den Vorrang vor allen Seitenverwandten. Sollte Prinz Georg, der jetzige Thronfolger, ohne männlichen Leibeserben sterben, so kommen erst alle seine Schwägerinnen in die Reihe, bevor der Thron an den Herzog Alfred von Edinburgh fällt. Es kann also, wenn Prinz Georg wirklich so jart ist, wie man sagt, geschehen, daß das Haus Coburg in England nie zur Regierung gelangt, sondern der Thron später einmal an die schottische Adelsfamilie Duff, deren Chef der Herzog von Fife ist, übergeht. Die Duffs aber sind Verwandte der Stuarts, die 1689 den Thron verloren und dann im Mannesstamm erloschen sind.

Der Titel „Herzog von Clarence“, den der verstorbene Prinz trug, ist im Laufe des Jahrhunderts öfters von englischen Prinzen geführt worden, unter anderen auch von jenem unglücklichen Prinzen, den Richard III. der Sage nach in einem Faß Malvasierwein eräufen ließ. Der Ursprung des Titels ist unbekannt. Es giebt keine Landstadt und keine Stadt Namens Clarence in England. Zur Zeit des sogenannten „lateinischen Kaiserthums“ im Orient hat ein englischer Königssohn in Griechenland ein angebliches „Herzogthum Clarentia“ als byzantinisches Thronlehen besessen. Daher soll der Titel stammen. Doch ist auch das nur fagenhaft.“

Coloniales.

* [Ueber den Gesundheitszustand bei der deutschafrikanischen Schutztruppe] im Monat November v. J. berichtet das „Deutsche Colonialblatt“: „Das Verhältniß der Malaria-Erkrankungen zur Gesamt-Sitzstärke war auf den verschiedenen Stationen folgendes: Pangani 0.0 Proc.; Bagamoyo 2.0 Proc.; Kilwa 2.6 Proc.; Lindi 3.6 Proc.; Dar-es-Salaam 5.3 Proc.; Tanga 10.1 Proc.; Mtwapa 11.1 Proc. Mit Bezug auf Malaria gestellten sich die Procentfätze für die Europäer folgendermaßen: Pangani und Lindi 9.0 Proc.; Dar-es-Salaam 14.3 Proc.; Kilwa 28.6 Proc.; Mtwapa 33.3 Proc.; Bagamoyo 36.4 Proc.; Tanga 75.0 Proc.“

* [Zur Frage des Wärmepumpers] schreibt der bekannte Colonialpolitiker Karl v. d. Hentz in der „Freuztg.“:

„Ich gebe Capitän Stenzel vollständig Recht und halte seine Berechnung für sehr sorgfältig. Technisch unmöglich ist ja der Transport nicht, da alle entgegenstehenden Hindernisse sich mit Geld überwinden lassen; aber wirtschaftlich ist er unmöglich. Das nöthige Geld ist kaum aufzubringen und, wäre es aufgebracht, so wäre seine Verwendung für den Transport des Dampfers zum Nyanga eine wirtschaftlich gänzlich verfehlt. ... Daß es mit einem Dampfer noch lange nicht gethan ist, lehrt gerade sehr der Unfall der Engländer auf dem Nyassa. Mit der Feldbahn sollte man vorerst noch nicht argumentiren, sie ist zur Zeit noch reine Theorie. Kein Mensch kann wissen, ob sich mit ihr ein solcher Transport durch Afrika bewerkstelligen läßt. Die Eisenbahn-Vernehmung der deutschafrikanischen Gesellschaft, deren Leiter auch eine Feldbahn zum Transport der Geräthe mit hinaus nahm, hat dieselbe sofort als unbrauchbar verworfen. Herr Schönstedt ist auch durch starken Trägerrangel, der ihn mehrere Wochen aufhielt, nicht veranlaßt worden, es noch einmal mit der Feldbahn zu versuchen. Man sieht also, daß die Praxis bisher mit der Feldbahn nichts anfangen weiß. Die sieben tausend Träger sind, nachdem in Sanjar ein Annerbeverbot erlassen ist, überhaupt nicht mehr zu schaffen; bis dahin waren sie es nur durch monatelange Stilllegung des ganzen legitimen Handels,

zum großen Schaden der Colonie. Die Idee des Seendampfers ist Eigenthum Stanlens, und wir Deutschen haben uns dafür begeistert, nachdem wir die Engländer begeistert gesehen hatten. ... Schließlich noch die Bemerkung, daß „afrikanische Erfahrung“ absolut das Urtheil nicht verführt über das, was wirtschaftlich vernünftig und möglich ist, und auch den Ueberblick nicht klärt über das richtige Verhältniß, in welchem bei allen Dingen, die man unternimmt, Mittel und Zweck stehen müssen.“

Telegraphischer Specialdienst der Danziger Zeitung.

Reichstag.

Berlin, 18. Januar. Der Reichstag berieth heute den Postetat und beendigte die Berathung des Ordinariums, wobei zahlreiche Wünsche und Beschwerden zum Ausdruck kamen. Morgen steht das Gesetz über die Transatlantiker auf der Tagesordnung. Für Ueberrnorgen ist die Berathung des Handelsvertrages mit der Schweiz in Aussicht genommen.

Die sechste Abtheilung beschloß, die Wahl des Abg. Dau für gültig zu erklären, die Stolper Beschwerde über viele Ungehörigkeiten dem Reichskanzler zur Prüfung und zur Vorbeugung ähnlicher Vorkommnisse für die Zukunft zu überweisen und dem Reichstage hiervon Mittheilung zu machen.

Ob die Transatlantiker - Vorlage morgen an eine Commission verwiesen wird, ist noch unentschieden. Dem Reichstage liegen Gesuche aus den östlichen Provinzen, Lübeck, Rheinland und Westfalen vor, welche die Bestimmungen auf Mühlen und Holz ausdehnen wollen. Ein großer Theil der Conservativen ist gegen die Regierungsvorlage, andere Parteien sind überwiegend dafür. Die Annahme ist gesichert.

Abg. Wittich (freis.) bringt die weitere Ermäßigung der Telegrammgebühren beim des Worttarifs von 5 auf 3 Pfennig zur Anregung. Der Minderertrag würde sehr bald durch zahlreichere und ausführlichere Telegramme ausgeglichen werden. Alle unsere Nachbarländer haben niedrigere Tarife. Die Postbeamten seien sehr vielfach überbürdet ohne entsprechende Befoldung, das Altesgeheß belaste sie außerordentlich mit Schreibarbeit, für welche sie in keiner Weise entschädigt werden. Zum Schluß bittet Redner, den Unterschied im Preise zwischen den grauen und grünen Postmandatformularen aufzuheben. (Beifall links.)

Abg. Bachem (Centrum) nimmt sich des nach wie vor seitens der Verwaltung mit Maßregelungen bedachten Verbandes der Postassistenten an und verlangt den Erlaß einer öffentlichen motivirten Warnung vor dem Beitritt zu demselben, falls die Behörde glaube, zu einem solchen Schritte berechtigt zu sein. Unzulässig sei es, den Verband auf Umwegen zu bekämpfen. Auch für größere Sonntagsruhe der Postbeamten könne noch mehr gesehen.

Abg. Lingen (Centr.) verlangt für die Po- und Telegraphenbeamten 52 freie Tage, darunter mind. 17 Sonntage.

Abg. Bebel (Soc.) bemängelt die Concurrenz der Reichs-, Staats- und namentlich der Postbeamten, welche sie in vielen Branchen den Civilberufsgenossen schaffen machen. In Preußen seien über 18000 Beamte in ihren vielen Mußestunden Musiker. Hierdurch entstehen den Civilmusikern ein sehr arger, weil ungleicher Wettbewerb. Die Reichspostverwaltung sollte diesem Uebel abhelfen. Solch ein Zustand sei unmöglich. Die Reichspostverwaltung sollte ihre Beamten auskömmlich besolden, dann werde dieser unwürdige Zustand aufhören.

Director im Reichspostamt Fischer nimmt für die Verwaltung die Anerkennung in Anspruch, daß sie ein vollkommenes Verständniß für die Bedeutung der Sonntagsruhe besitze und demgemäß ihre Anordnungen getroffen habe. Was die Betheiligung der Beamten an öffentlicher Musik anlange, so könne die Postverwaltung keine allgemeinen Verbote erlassen, welche die bürgerliche Freiheit einzuschränken geeignet seien. Ausfreiungen würden schon jetzt nicht von der Verwaltung gebildet.

Abg. Stöcker (conf.) wünscht noch eine weitere Ausdehnung der Sonntagsruhe.

Abg. Richter (freis.) Ich halte das Vorgehen gegen den Postassistenten-Verband nicht für gerechtfertigt. Es macht einen ungünstigen Eindruck, wenn die Verwaltung sagt: Wir verbieten den Eintritt in den Verband nicht, aber wir versehen seine Mitglieder. Ein Verbot des Verbandes würde nicht so gefällig wirken, wie dieses Verfahren.

Berlin, 18. Januar. Der Kaiser empfing heute Mittags die Präsidenten des Herrenhauses und des Abgeordnetenhauses, unterhielt sich mit ihnen eingehend über die Arbeiten des Landtags und sprach die Hoffnung aus, daß bezüglich des Volkschulgesetzes eine Verständigung erzielt werde. Hierauf empfing auch die Kaiserin die Präsidien beider Häuser.

Berlin, 18. Januar. Zu Ehren Windthorst's fand heute früh in der Kapelle der grauen Schwestern ein feierliches Requiem statt, welchem die Mitglieder des Centrums im Reichstage und in beiden Häusern des Landtages, sowie auch zahlreiche Damen beizuhörten. Der Domcapitular Perger celebrirte.

Den „Berliner Politischen Nachrichten“ zufolge wird durch den Gesetzentwurf wegen Abänderung des Strafgesetzbuches das Zuhälterthum an sich unter Strafe gestellt, ebenso das Herstellen und Feilhalten unzüchtiger Druckschriften und Darstellungen. Für Zuhälter, Raufbolde und Wessertelden ist eine Strafverschärfung durch hartes Lager und schmale Kost vorgesehen.

Aus Schlesien theilt man der „Freisinnigen Zeitung“ mit, daß der Kultusminister, ehe er den Entwurf des Volkschulgesetzes eingebracht habe, sich der Zustimmung der Centrumsführer in den entscheidenden Punkten versichert habe.

